



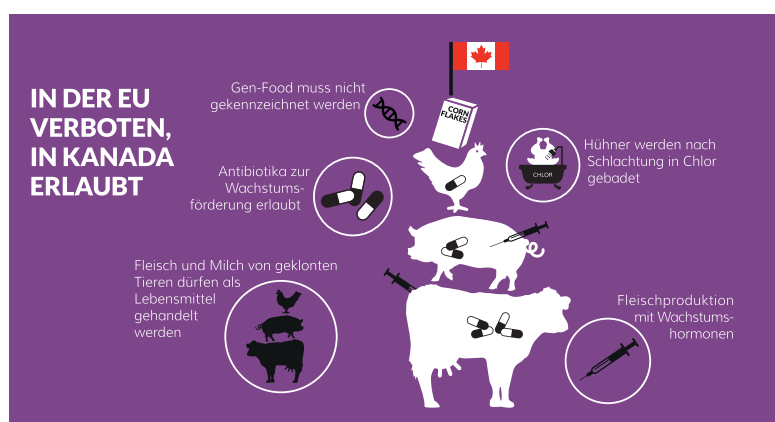
CETA & TTIP GEFÄHRDEN DIE BÄUERLICHE LANDWIRTSCHAFT UND DEN VERBRAUCHERSCHUTZ

Mit den Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA: Comprehensive Economic and Trade Agreement) sowie zwischen der EU und den USA (TTIP: Transatlantic Trade and Investment Partnership) wollen die Verhandler*innen die Interessen ihrer Großkonzerne durchsetzen. Im Agrarbereich geht das zu Lasten von bäuerlicher Landwirtschaft, Verbraucher*innen, Tierschutz und Umwelt.

CETA und TTIP sollen Handelshemmnisse abbauen – auch im Agrarsektor. Dabei geht es nicht nur um Zölle, sondern auch um unterschiedliche Produktstandards – im Fachjargon als „nichttarifäre Handelshemmnisse“ bezeichnet. Die USA haben besonders im Agrarbereich starke Interessen: Viele US-Agrarbetriebe können ihre Produkte derzeit nicht in die EU verkaufen, weil sie nicht den in der EU geltenden Standards entsprechen. Beispiele hierfür sind chemisch desinfiziertes Fleisch oder Fleisch von Tieren, deren Wachstum durch Hormongaben beschleunigt wurde. Beides ist in der EU nicht erlaubt, da Risiken für die Gesundheit nicht ausgeschlossen werden können.

Das möchte der US-Landwirtschaftsminister Tom Vilsack ändern und betont, dass für die USA ein Handelsabkommen ohne EU-Zugeständnisse bei chemisch behandeltem Fleisch nicht akzeptabel sei.¹ In dem fertig verhandelten CETA hält die EU-Kommission zwar vorerst an ihrem Verbot von Hormonen als Wachstumsbeschleuniger bei der Tierzucht fest. Doch in anderen Bereichen hat sie dem Druck der Agrarindustrie bereits nachgegeben. 2013 hat sie die in Kanada und den USA übliche Desinfektion von Rindfleisch mit Milchsäurelösungen genehmigt, offenbar als Zeichen des guten Willens im Vorfeld der TTIP-Verhandlungen. Auch wenn Milchsäure ein natürliches Produkt ist, verschleierte diese Reinigung von Schlachtkörpern schlechte Hygiene- und Tierschutzstandards in der Massentierhaltung.

Dass in der EU und in Kanada oder den USA häufig unterschiedliche Standards gelten, hat einen guten Grund: In Europa gilt das Prinzip der Vorsorge (die Unbedenklichkeit der gehandelten Produkte muss von den Produzent*innen nachgewiesen werden), in den USA und Kanada dagegen das Nachsorgeprinzip (bis eine Behörde die Schädlichkeit eines Produktes nachgewiesen hat, ist alles erlaubt). Schon lange ist das Vorsorgeprinzip der Wirtschaft und EU-Handelspartnern wie den USA und Kanada ein Dorn im Auge. Aus öffentlich gewordenen TTIP-Dokumenten geht hervor, dass die USA nun mit TTIP das Vorsorgeprinzip aushebeln möchten.² Und anders als stets behauptet, verteidigt die EU-Kommission das Vorsorgeprinzip nicht. Im CETA-Abkommen ist es an keiner Stelle erwähnt. Im Gegenteil: Im Kapitel zur Gentechnik legen die EU und Kanada fest, bei neuen Zulassungen für Gentechnik-Pflanzen den nachsorgenden Ansatz zu fördern.³



CETA und TTIP orientieren sich an dem falschen Leitbild industrieller Landwirtschaft mit immer billigeren Lebensmitteln, Massentierhaltung, Gentechnik und massivem Pestizideinsatz. Sie verschärfen die Krise in der Landwirtschaft und blockieren, was wir wirklich brauchen: Gesunde Nahrungsmittel aus biologischem und regionalem Anbau, produziert unter strengen Tierschutz- und Verbraucherschutz-Standards.

Der BUND fordert:

- Die Bundesregierung darf CETA im Rat der EU nicht zustimmen!
- Die EU-Kommission muss die Verhandlungen zu TTIP sofort abbrechen!
- Die EU-Kommission muss das Vorsorgeprinzip stärken.
- Die Bundesregierung und die EU-Kommission müssen regionale bäuerliche Strukturen fördern anstatt auf immer mehr Exporte zu setzen.

Mehr Informationen finden Sie auf:
www.bund.net/ceta-und-ttip

1 Siehe Agrarfacts No. 89-15, 2. 12. 2015

2 Siehe etwa den konsolidierten Textvorschlag für TTIP zu sanitären und phytosanitären Standards, online unter: <https://www.ttip-leaks.org/>

3 Siehe den konsolidierten CETA-Vertragstext, Artikel 25.2.2 b, online unter: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2016/february/tradoc_154329.pdf